

# Volkstimme

Einzelpreis 8.00 Mk.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 175.00 Mark, beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 167.00 Mark. — Anzeigengebühr: die 10spaltige Nonpareilzeile 14.00 Mark, auswärts 18.00 Mark, im Retraumteil Zeile 50.00 Mark, auswärts 75.00 Mark. Vereinskalender Zeile 12.00 Mark. Anzeigenabgabe geht bevor, wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 259.

Magdeburg, Sonnabend den 4. November 1922.

33. Jahrgang.

## Die sterbende Mark.

### Ein Dollar 6150 Mark!

Die Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein, der über das Schicksal der Mark nur Ungünstiges zu prophezeien wußte, aber jede wirksame Stützungsaktion von vornherein ablehnte, hat einen durchschlagenden Erfolg gehabt. Der Dollar, der in den letzten Tagen zwischen 4000 und 4500 hin und her pendelte, ist nach der amtlichen Notierung der Berliner Börse am Donnerstag auf 4935 hinaufgeschwollen, kletterte dann aber im freien Verkehr weiter und stieg bis über 6000 hinauf!

Den unmittelbaren Anlaß zu dieser neuen Devisenhausse gaben schlechtere Notierungen der Mark im Ausland, die aber, wie die „Volkst.“ wohl zutreffend bemerkt, auf Markverkäufe des Auslandes zurückzuführen sind. Unter Umgehung der Devisenordnung kauft man seine Devisen trotz der hohen Unkosten in Holland und in Amerika, und das ist kein Wunder, denn ein inländisches wertbeständiges Papier gibt es nicht, will Havenstein auch höchstens in geringfügiger Menge schaffen. Und wenn der Präsident des Zentralnoteninstituts die Mark preisgibt, so schafft er damit einen Freibrief für die Spieler mit der deutschen Kaufkraft.

So weit sind wir nun gelangt, dank der famosen Autonomie, die die Entente der Reichsbank geschenkt hat.

Die Not des Volkes wächst mit jedem Tag, inderessierte und unparteiische Sachverständige beraten. Jetzt hat die deutsche Regierung das Wort. Sie soll der Entente Vorschläge zur Stabilisierung der Mark machen. Wir erwarten, daß sie sich dessen bewußt ist, daß es so auf keinen Fall weitergeht. Der Wunsch der vielgemähten Reparationskommission, die Mark zu stabilisieren, ist zugleich der Wunsch des gesamten deutschen Volkes, mit Ausnahme der wenigen Nutznießer der Geldentwertung. Und je zielbewußter die Regierung sich dieser Aufgabe unterzieht, um so eher wird sie auch der Entente klarmachen können, daß eine dauernde Stabilisierung unserer Währung nur durch Erleichterung von außen her, also durch Verzicht auf überspannte Reparationsleistungen und durch eine internationale Anleihe zu erreichen ist.

### Deutsche Vorschläge verlangt.

Die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reparationskommission haben am Donnerstag einen gewissen Höhepunkt erreicht. Die Vertreter der alliierten Staaten sind jetzt über Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage bis in die kleinsten Details unterrichtet. Sie haben im Laufe der Verhandlungen die Auffassung der Reichsregierung über die möglichen Pläne zur Stabilisierung der Mark kennengelernt und wünschen nun von Deutschland einen schriftlich fixierten Vorschlag über 1. Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark, 2. die Behebung der schwebenden Schuld und 3. den Ausgleich unvers Budgets. Dieser Vorschlag soll von den deutschen Unterhändlern in der Freitagssitzung vorgelegt werden und die Grundlage zur Fortsetzung der Aussprache bilden.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die endgültige Fixierung des verlangten Vorschlags in einer am Freitag vormittag abzuhaltenden Kabinettsitzung vorzunehmen. Bereits vor Anbruch der Reparationskommission in Berlin hatten die Reparationsressorts mehrere Entwürfe für eventuelle deutsche Vorschläge über die Stabilisierung der Mark ausgearbeitet. In Form dieser Ausarbeitungen, die auch die Grundlage der Erklärungen bildeten, die der Reichsfinanzminister gegenüber der Reparationskommission machte, wird das Reichskabinett den verlangten Vorschlag formulieren.

Nach dem Stande der deutschen Verhältnisse kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unsere Vorschläge neben einer ausführlichen Begründung unvers Glanz als ersten Punkt den Beweis für die Notwendigkeit einer äußeren Anleihe führen. Ohne äußere Anleihe — darüber ist sich die Reparationskommission während ihres Aufenthalts in Berlin sicherlich schon klar geworden — sind alle innern Maßnahmen gegen die Währungsstatustrophe und zur Behebung unvers Not auf die Dauer vergebens. Nach den vorläufigen Schätzungen hervorragender Finanzsachverständiger bedarf Deutschland gegenwärtig zum mindesten einer Anleihe, die der Summe von 500 Millionen Goldmark entspricht. Daß eine derartige Anleihe, die zur Stabilisierung der Mark, zur Behebung der schwebenden

Schuld und zur Ausgleichung unvers Budgets Verwendung finden muß, nicht ohne Sicherheiten zu erlangen sein wird, darüber sollte sich die Reichsregierung von vornherein klar sein. Sie tut deshalb gut, ohne weiteres die Sicherheiten anzubieten, die in unserer Kraft liegen.

Darüber hinaus müssen Maßnahmen im Innern des Reiches vorgeschlagen werden. Bisher war die Sozialdemokratie die einzige deutsche Partei, die neben der ständigen Forderung nach einer äußeren Anleihe, die sie zur endgültigen Sanierung der deutschen Finanzen für unbedingt notwendig hält, positive Vorschläge zu Maßnahmen im Innern vorgeschlagen hat. Außer einer Aktion zur Stützung der Mark durch Verwendung eines Teiles des Goldbestandes der Reichsbank hat sie die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe, eine beschleunigte Steuereinzahlung, eine Hemmung der Lufteinfuhr und andre handelspolitische Maßnahmen empfohlen. Diese Forderungen, die sich die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in dem Schreiben anknaben zu übernehmen und der Bayerischen Volkspartei die gemacht haben, hält die Sozialdemokratie nach wie vor aufrecht. Mehr noch! Sie erwartet von der Reichsregierung, daß ihre Forderungen in den Vorschlägen an die Reparationskommission Vertretung finden. Der Dollarkurs von 5700 Mark sollte der Reichsregierung beweisen, wozu das deutsche Volk geführt wird, wenn Havensteinsche Rezepte weiterhin Anwendung finden.

### Ärzte am Krankenbett.

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag die internationalen Sachverständigen, die von der deutschen Regierung aufgefordert wurden, sich gutachtlich zu dem Problem einer Stabilisierung der Mark zu äußern. Es waren erschienen die Herren Bissinger, Cassel, Brand, Reynes, Dubois und Senks. Der Reichskanzler begrüßte die Herren mit einer Ansprache, in der er nach einleitenden Begrüßungsworten folgendes ausführte:

Die Tatsache, daß alle Herren, an die wir die Einladung gerichtet haben, zugestimmt und bereitwillig ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, bestätigt uns, daß der Entschluß der Reichsregierung, die Frage der Markstabilisierung dem Gutachten ausländischer Sachverständiger zu unterbreiten, richtig war, und wir sehen darin zugleich einen Beweis dafür, wie groß das Interesse an dieser Frage auch im Ausland ist, und daß die Frage der Stabilisierung der Währung nicht nur eine spezifische Angelegenheit der von dem Währungsverfall betroffenen Länder, sondern

### eine gesamteuropäische Angelegenheit,

ja sogar eine Angelegenheit der ganzen Weltwirtschaft ist. Die Möglichkeit, die Mark zu stabilisieren, ist natürlich auch bei uns von den dazu berufenen Persönlichkeiten und Ministerien seit langem auf das eingehendste geprüft worden und um so intensiver, je mehr die Entwertung der Mark fortgeschritten ist und je verhängnisvoller die Folgen dieser Entwertung für die deutsche Volkswirtschaft, aber auch für die Wirtschaft der Länder geworden sind, mit denen Deutschland Handel treibt und Handel treiben muß.

Die eine Meinung über dieses Problem ist die, daß der Versuch einer Stabilisierung der Mark verfrüht ist und keinen dauernden Erfolg gewährleisten wird, solange nicht zwei Voraussetzungen erfüllt sind oder ihre Erfüllung wenigstens in nahe Aussicht gerückt ist, nämlich die Balancierung des Budgets und die Balancierung der Zahlungsbilanz, solange die Wareneinfuhr die Wareneinfuhr so stark übersteigt, wie in der letzten Zeit — das Defizit der Ausfuhr muß leider noch als sehr viel größer angenommen werden, als die bisher veröffentlichten Zahlen erkennen lassen — solange zu dieser Passivität der Zahlungsbilanz aus verschiedenen Gründen noch weitere passive Faktoren dazu kommen, die das Defizit in unvers Zahlungsbilanz noch vergrößern. Unglücklicherweise hängt aber die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen selbst zu einem sehr großen Teile von der Stabilisierung der Mark selbst ab. So gehen Ursachen und Folgeerscheinungen ineinander über, und diese Situation führt die andere Meinung zu der Forderung, diesen Knoten zu durchhauen und

die Mark auf irgendeine Basis festzulegen, wenn auch nicht endgültig, so doch provisorisch, um auf jeden Fall das weitere Abgleiten der Währung zu verhindern. Und dies ist ein mit Entschlossenheit, denn lange kann bei dem jetzigen Rückgang der Mark nicht mehr gewartet werden, wenn die deutsche Wirtschaft nicht vollständig zusammenbrechen soll.

In dieser ungelärten Situation hat die Reichsregierung das Bedürfnis gehabt, zu hören, wie man dieses Problem vom Ausland aus ansieht und aus diesem Bedürfnis heraus die Einladung an die Sachverständigen gerichtet. Die Konferenz von Genua und insbesondere das Sachverständigenkomitee hat sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein bedeutendes Gutachten

darüber erstattet, aus dem nur ein Satz in die Erinnerung zurückgerufen werden soll. Das Sachverständigenkomitee hat damals in seinem Gutachten gesagt:

Wenn die äußere Schuldenlast eines Landes seine Zahlungsfähigkeit übersteigt, und wenn dieses Land nicht durch äußere Anleihen Hilfe erhalten kann, so müssen die Anstrengungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendig zur Folge haben, daß einmal die Märkte in anderen Ländern gestört werden, und daß weiter eine fortgeschrittene Entwertung der Währung des Schuldnerlandes eintritt, die das Schuldnerland vollständig hindert, irgendeinen Anlauf in der Richtung der Stabilisierung der Währung zu nehmen.

Dieses Gutachten ist damals allgemein und ohne Beziehung auf ein bestimmtes einzelnes Land abgegeben worden. Jetzt handelt es sich darum, und das ist die Bitte, die an die Sachverständigen gerichtet wird, diese Frage besonders

### im Hinblick auf die deutsche Währung

zu prüfen und uns ein Gutachten darüber abzugeben:

1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?
  2. Wenn nein: welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen? Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?
- Das sind die Fragen, die die Reichsregierung beantwortet haben möchte.

### Sachverständigen haben völlige Freiheit,

ihre Arbeiten und Beratungen ganz nach ihrem eigenen Ermessen einzuleiten und durchzuführen. Sie können dabei vollständig unter sich bleiben, sie können aber auch, wenn sie über eine Reihe von Gegenständen, über das deutsche Budget, über die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz und andere besonders weitervermittelt werden wollen, um eine sichere Basis für ihr Urteil zu gewinnen, Fragen an die deutschen Ministerien oder an deutsche Sachverständige der Wissenschaft und der Praxis richten.

Zum Schluß versicherte der Reichskanzler, daß die Antwort der neutralen Sachverständigen nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland mit Spannung erwartet und tiefe Beachtung finden werde.

### Schwerindustrie und sächsischer Wahlkampf.

Die Breslauer „Volkswacht“ veröffentlicht ein Schreiben, das der Deutsche Industrieschutzverband an eine Reihe sächsischer Industrieller gerichtet hat. Es ist vom 17. Oktober datiert und hat folgenden Wortlaut:

### An unsere außersächsischen Mitglieder!

Der diesmalige Landtagswahlkampf in Sachsen ist von außergewöhnlicher Bedeutung. Die Wahl wird dafür entscheidend sein, ob die bisherige rein sozialistische Regierung, die maßgebend von der kommunistischen Landtagsfraktion beeinflusst wird, weiterbestehen bleiben kann.

Gewerbe und Industrie, alle Arbeiter haben ein ungemain großes Interesse am Ausfall dieser Wahl, und zwar nicht nur die sächsischen, sondern auch die außersächsischen Betriebe. Denn auch die Regierungspolitik im Reich wird durch das Bestehen rein sozialistischer Regierungen in einzelnen wichtigeren Ländern in erheblicher Weise beeinflusst. Schon die Tatsache, daß die sächsischen, thüringischen, braunschweigischen und anhaltischen Stimmen im Reichsrat nach den Weisungen sozialistischer Regierungen abgegeben werden, ist geeignet, den an sich schon überstarken Einfluß der sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung noch erheblich zu vergrößern.

Die Sozialdemokratie sucht natürlich ihr Bollwerk Sachsen unter allen Umständen zu halten, und von ihrer Seite fließen deshalb für den sächsischen Wahlkampf ungeheure Geldmittel aus dem ganzen Reich zu. Es müssen bezweckten ebenso reichliche Mittel von antisozialistischer Seite aufgebracht werden, wenn der Wahlkampf für sie erfolgreich verlaufen soll.

Deshalb gestalten wir uns, auch an unsere außersächsischen Mitglieder hierdurch die Bitte zu richten, uns Beiträge dafür zur Verfügung zu stellen zu wollen. Wir werden die bei uns eingehenden Beträge zugunsten derjenigen Parteien, die den Sozialdemokraten gegenüber stehen, verwenden und sie deren Wahlfonds zuführen.

Das Schreiben zeigt, welche Bedeutung man in bürgerlichen Kreisen der sächsischen Landtagswahl beimißt. Die Schwerindustrie scheut kein Opfer, um die sozialistische Mehrheit im sächsischen Parlament zu brechen. Ein Parteienunterschied im Lager der Bürgerlichen soll nicht gemacht werden. Man geht zur Generaloffensive gegen die Sozialdemokratie über und hofft bei einem Wahlsieg in Sachsen auch auf die Entwicklung im Reich und in andern Ländern einen Einfluß gewinnen zu können.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie nicht vom schwerindustriellen Kapital zurückdrängen lassen darf. Die ungeheuren Geldmittel, die ihr in dem Schreiben angeboten werden, stehen ihr zwar nicht zur Verfügung, um so energischer wird aber ihr geistiger Widerstand sein. Es wäre interessant zu erfahren, welche bürgerlichen Parteien in Sachsen für die Einheitsfront des rollenden Dollars zu haben sind. Auf diesem Prinzip läßt sich ein vortreffliches Programm für eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft aufbauen.



# Ein Prügelnabe gesucht.

Die Bayerische Volkspartei stößt bei ihren Versuchen, das bisherige Regierungssystem fortzusetzen, auf unerwartete Schwierigkeiten. Bisher nahm sie davon Abstand, ihre Parteiführer mit der Regierungsbildung zu betrauen. Sie sucht nach „nationalen Persönlichkeiten“, die, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben, Selbstüberwindung genug besitzen, die Rolle eines Prügelnabes zu übernehmen und der bayerischen Volkspartei die Möglichkeit zu geben, bei gleichbleibendem Programm und Verhältnissen im Parlament populär, je nach der Konjunktur, mal ein bißchen mehr nach links und mal ein bißchen mehr nach rechts, zu regieren.“ Staatsrat Mayer, der als Reichensfelds Nachfolger gedacht war, scheint das Schicksal seiner Vorgänger Kahr und Reichensfeld zu fürchten. Ihn hat offenbar stüblich gemacht, daß ein Führer der Bayerischen Volkspartei geäußert hat: „Wenn der neue Ministerpräsident nicht mehr paßt, dann schicken wir ihn eben wieder fort.“

Da die Suche nach einem brauchbaren Objekt bisher ohne Erfolg war, ist die Einberufung des Landtags, die für den 3. November geplant war, auf nächste Woche verschoben worden. Bemerkenswert ist, daß innerhalb der Demokratischen Partei eine Strömung besteht, die für den Wiedereintritt in die Koalition wirkt.

Die „Münchener Post“ wendet sich in ihrer Donnerstags-Ausgabe mit einer Warnung an die Arbeiterklasse, sich nicht von rechtsradikalen Kreisen provozieren zu lassen. Unser Parteiblatt hebt hervor, daß die Nationalsozialisten nach dem Vorbild der italienischen Faschisten Putschabsichten für den 11. November planen. —

## Der Wein-Minister.

Am Donnerstags richtete bei der Fortführung des Hermes-Prozesses der Vorsitzende zunächst eine Frage an Herrn Dr. Hermes und an Herrn Faust: „Wer hat denn eigentlich die Anregung zu den Weinlieferungen an Herrn Hermes gegeben?“ Niemand weiß es. Herr Hermes nicht, Herr Faust nicht. Also wieder einmal der große Unbekannte.

Damit war schließlich die Zeugenvernehmung beendet. Am Schluß gab es einen charakteristischen Vorfall. Der Zeuge Faust wird bedrängt. Der Zeuge, Zentrumsmann und Katholik, bittet den Eid nach der neuen unreligiösen Formel leisten zu dürfen. Das geschieht. — A.-A. Dr. Levi weist sofort mit Recht auf diesen eigenartigen Vorgang hin, der bezüglich der Aussagen des Zeugen zu denken gebe.

Aus die Kläuber! Zunächst Herr Generalstaatsanwalt Lindow. Er findet an der Handlungsweise des Herrn Finanzministers gar nichts auszusetzen. Nicht einmal der Vorwurf, der Minister habe sich unvorsichtig benommen, wird erhoben. Die Klärung des Falles, so meint der Herr Generalstaatsanwalt, sei zugunsten des Herrn Dr. Hermes verlaufen. Herr Hermes sei eben bei den Wängern insofern seines Interesses für den Weinbau als Landsmann und Parteifreund bedacht gewesen. Im großen ganzen: der angeklagte Redakteur der „Freiheit“ hat also den Reichsminister gründlich beleidigt und soll deswegen eine Gefängnisstrafe von drei Monaten zuerkannt bekommen.

Der Verteidiger des Reichsfinanzministers, A.-A. Dr. Alsbach, hatte nach diesen Ausführungen des Generalstaatsanwalts eine leichte Aufgabe. Seine Ausführungen waren daher auch kurz und knapp. — Nach ihm kam A.-A. Dr. Faust zu Wort. Er hatte schon die Aufmerksamkeit der Richter, der Staatsanwälte und der Juristen, weil er — endlich — das Kind bei dem richtigen Namen nannte. Er wies das viele Verlegenheitsgerede weg und stellte klar den Zusammenhang der affiblen Bezeichnung gemäß § 333 des Strafgesetzbuchs heraus, demzufolge es genügt, daß durch das Geschehen der Minister in eine geringere Seelenverfassung für die Bürger von Mosel, Saar und Ruwer versetzt wurde. Der Direktor Faust hatte erklärt, der Minister habe gehandelt und werde helfen. Deshalb die Geheime. Geheime waren die Weine. Faust hat es selbst gesagt und die Erdrängen waren ja teilweise mit Verlust geliefert worden.

Gravierender Umstand: nicht irgendein rheinischer Minister, sondern der Minister für Erziehung und Landwirtschaft, also der Minister für die Bürger, bekam Schenke von den Wängern. Folglich sind alle Hinweise auf Mosel und Pfälz und irgendwelche andre Beamte, die früher oder später irgendwas und irgendwie auch einmal ein Geschenk erhalten hatten, verächtlich und deplaciert. Erst kürzlich nach der Verbannung der Wängler — ohne Erfolg. Denn die Verbannung mit Dr. Hermes und alle Wünsche wurden erfüllt. „Nabi alle“, betonte Hermes nach dem Kläuber Levi, aber sofort wollte Levi fest, daß die

Abneigung verschiedener Wünsche der Winger zwischen durch nur vorübergehend war und daß die Wünsche schließlich doch erfüllt wurden.

Dr. Boehm, der zweite Verteidiger Senfels, betonte, daß zum mindesten ein Verstoß gegen den § 16 des Reichsbeamtengesetzes vorliege. Herr Hermes habe unbedingt an das Reichsbeamtengesetz denken müssen, ebenso an das preussische Disziplinargesetz, mit dem sein Verhalten im Widerspruch stehe. Beim Fall Augustin habe Hermes selbst erklärt, es genüge schon der Aufsicht, daß etwas nicht in Ordnung sei, um einen Beamten unmöglich zu machen.

Nachmals rebet A.-A. Alsbach um den Kern der Sache herum. Er glaubt, darauf hinweisen zu müssen, daß der Minister keinen Verstoß gegen das Gesetz gemacht und noch am Abend bei hervorragenden Persönlichkeiten, die seine Gäste gewesen, mit dem ihm gescheiterten Moselwein Propaganda gemacht habe. Demgegenüber betonte Dr. Levi, daß doch Dr. Alsbach im Erzberger-Prozess unbillig auf der Beobachtung des strengsten Maßstabs bei Ministerien beharrt habe. Das Gerede von den Propagandaweinen sei nicht stichhaltig. Ein Ernährungsminister, der mitten im Interessenkampf eines hungernden Volkes steht, läßt sich „Symbole der Schaffenskraft des deutschen Volkes“: Wein, Bier, Brot, Kartoffeln usw. nicht schenken! Man brauche nur die Frage aufzuwerfen: Wenn es jeder so machte? und sofort empfinde man den Verstoß des Ministers.

Die von starkem stillkühnem Empfinden getragenen Ausführungen Dr. Levi wurden vom Gerichtshof mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Niemand konnte sich des Eindrucks erwehren, daß das natürliche stillkühne Empfinden auf der Seite Dr. Levi stand. Trotzdem wird man kaum mit Spannung das Urteil der Strafkammer, das am kommenden Sonnabend verkündet wird, erwarten. —

## Spiegel bei der Reichsbahn.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein geheimes Rundschreiben der Reichsbahndirektion Berlin, das an die Vorstände der Betriebs-, Verkehrs- und Maschinenämter sowie die Leiter der Eisenbahnwerke gerichtet ist. Das Rundschreiben ist in folgender Weise Anweisung für die Einrichtung einer Reibekelle:

Wir haben für den Bezirk der Reichsbahndirektion Berlin eine besondere Stelle für den Nachrichtendienst eingerichtet, die unter Leitung des Regierungsaurats Binder steht. Als sein Vertreter ist der Eisenbahninspektor Ludwig Dietrich bestimmt worden.

Wir eruchen, uns alle Nachrichten, die für die Beurteilung der Stimmung und Vorgänge unter dem Personal von Bedeutung sind, an die angegebene Meldestelle auf geeignetem Wege zuzuleiten. Insbesondere sind Meldepflichtige Nachrichten über beabsichtigte Streiks, Sabotageabsichten, Demonstrationen, Transportkontrollen, Waffenspenden, staatsfeindliche Unternehmungen und Pläne sowie über Unruhestifter und Heher unter dem Personal.

Von der Einforderung ständiger Berichte sehen wir ab, erwarten jedoch, daß die Herren Amtsverwalter und Werkleiter sich in geeigneter Weise durch die Dienststellenleiter und sonstige vertrauenswürdige Bedienstete über die Stimmung und Bewegung unter ihrem Personal unterrichtet halten und uns gegebenenfalls rechtzeitig über ihre Beobachtungen und Feststellungen Bericht erstatten. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Nachrichtendienst auf keinen Fall um Befragung des Personals handelt, sondern um einen Beobachtungsdienst im Interesse der Allgemeinheit, der mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse notwendig erscheint.

Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Trotz der Versicherung, daß es sich nicht um eine Befragung des Personals handle, ist es in die Augen springend, daß es sich dabei um nichts anderes handelt. Wir können uns kein unwürdigeres, demokratischeres System denken als die Auswahl von „vertrauenswürdigen Bediensteten“, die ihre eignen Kameraden als Unruhestifter, Heher und Demonstrationen benutzieren sollen. Wenn es sich nur darum handeln sollte, die Stimmung unter dem Personal zu kennen, dann hat man nur durch Geheimes eingekerkert Betriebsrat bzw. die Gewerkschaften. Dieses Rundschreiben muß reißlos zurückgenommen werden. —

## Zur Tagung für Wohnungsbau.

Ein Parteigenosse macht zu dieser Tagung, über die wir berichtet haben, folgende kritischen Anmerkungen:

Im Programm der Mitteldeutschen Ausstellung war eine besondere Woche für Wohnungsbau, Siedlung und Kleingartenwesen vorgesehen. Diese zusammenfassende Veranstaltung kam leider nicht zustande. Die Tagungen der Baugewerkschaften und der verunglückte Versuch, die Kleingärtner zu Worte kommen lassen, traten für die Öffentlichkeit kaum in Erscheinung. Welche Kräfte am Werke waren und eine Zusammenfassung dieser für unser Volk so wichtigen Fragen herzustellen, darüber kann wohl nur die Inspektionsleitung Auskunft geben. Jedenfalls hat hier ein deutlicher Riegel an zusammenfassender organisatorischer Kraft aufgefallen.

Die Kundgebung gegen die Einkerbung des Wohnungsbaues, über die wir im Sonntagsblatt berichteten, hätte wohl größeres soziales Verständnis gezeigt, wenn ihre Vorbereitung nicht einseitig von den Wohnungsfürsorgegesellschaften erfolgt wäre. Für den Referenten Herrn Doktor Schmidt (Essen) und die meisten Redner der Kundgebung war eine sehr bedeutende Erhöhung der Wohnungsbaubudgets ganz selbstverständlich. Die Aufhebung des Achtstundentags wurde mit ganz unerfüllter Deutlichkeit als notwendig bezeichnet. Mit den Schwächen der Bauarbeiterschaft, die wir mit keinem Worte berückten, ging der Redner scharf ins Gericht. Unsere gegenwärtigen parlamentarischen Verhältnisse — Medientragerei gegenüber der Masse — wurden für die geringen Erfolge im Wohnungsbau verantwortlich gemacht. Vom Parlament wurde behauptet, daß 90 Prozent der Volkstreiber sich nicht um die Erhöhung der Wohnungsfrage zu kümmern, sondern nur die Wiederholung von Schmachtritten von Versailles der Konfession, in dem wiederholt von Schmachtritten von Versailles gesprochen wurde, ohne daß man auch nur mit einem Worte der größeren politischen Verhältnisse gedachte, die uns zu diesem traurigen Fieber führten, zeigte deutlich die deutliche nationale Aber, die in der Brust mancher Wohnungsfreunde lag.

Waren Referent und fast alle Redner radikal, wenn es galt Stellung zu nehmen gegen den Achtstundentag, die Arbeiterklasse, den Wohnungsmieter, gegen die Parlamente und die Regierungen, so wurden sie merklich zahm, wenn es galt, sich gegen das größte Uebel bei der Wohnungserstellung, den Baukosten zu wenden. Die notwendige Wohnungsbaubudgets wurde ihnen nur die Leiter, auf welcher der Mieter zu einem Wohnungsmarkt emporgeführt werden müsse, zum Segen für die freie Wirtschaft. Der Referent versuchte sogar zu beweisen, daß die Baukosten, an ihrem Goldwert gemessen, eigentlich gar nicht wesentlich verteuert seien. Dabei übersah er aber schamhaft, was er bei der Wohnungsbaubudgets zugab, daß der Goldwert der Löhne mehr als 50 Prozent unter dem früheren Stande liegt. Ob der tollen Verhältnisse in der freien Bauwirtschaft fühlen sich ja selbst ihre Anhänger oft nicht ganz wohl. So schrieb dieser Tage in einem längeren Artikel der „Holzmarkt“:

Will man die Sozialisierung des Waldes von forstlicher Seite aus mit Gewalt betreiben, dann braucht man nur bei solcher Holzverkaufspolitik und Preisstreberei zu bleiben. . . .

Die „Wirtschaft“ auf dem Zementmarkt ist doch auch allbekannt. Trotz ihres Rippenselbstnutzigen zur freien Wirtschaft scheinen sich die Vertreter der Wohnungsfürsorgegesellschaften nicht ganz wohl auf dem alleinigmachenden freien Markt zu fühlen, denn es wurde die Forderung aufgestellt, daß die Staaten wieder Bauholz aus ihren Forsten stellen müssen. Wir unterstützen diese Forderung nachdrücklich, halten es aber für eine Pflicht der Regierungen und der geschwähnten Parlamente, daß sie darüber wachen, daß die Forderung in früheren Jahren bei der Bewirtschaftung des Waldes gemacht sind, nicht wieder vorzukommen. Wir hoffen, daß die Wohnungsfürsorgegesellschaften die Forderung abstreifen, die ihnen zum Teil übernommen hat aus der Zeit der Kriegswirtschaftsstellen und deren Bureaufkränze.

Die Tätigkeit und Stärke der Wohnungsfürsorgegesellschaften soll vor allem in einer zusammenfassenden Bauwirtschaft liegen. Sie werden diesen Zweck verfolgen, wenn sie eine Tätigkeit aufstehen, wie sie diese im Absatz der angenommenen Entscheidung untrifft haben:

Als berufene Träger des Wohnungsbaues kommen — neben den Gemeinden — die bewährten Bauingenieurwesen und als Mittler zwischen Staat und Bauherrn die Wohnungsfürsorgegesellschaften in Betracht.

Die Worte „neben den Gemeinden“ sind erst auf Wunsch aus der Tagung heraus eingefügt. Sie lagen nicht in der Absicht der Verfasser dieser Entscheidung. Die Entscheidung ändert aber nichts an der Tatsache, daß, sobald als Mittler zwischen Staat und Bauherrn die Wohnungsfürsorgegesellschaften auftreten, der Einfluß von Kreis und Gemeinde ausgeschaltet oder mindestens stark eingeschränkt wird. Eine neue Bureaufkränze drängt sich in den Instanzengang des Wohnungsbaues, der wahrlich lang genug ist, ein. Sie bedroht das Selbstverwaltungsverhältnis der Gemeinden, die alle Verantwortung haben, hier rechtzeitig aufzukommen.

Und nun noch ein Wort an die Veranstalter und Redner dieser Tagung. Die Lösung der Wohnungsnot ist eine Aufgabe der gesamten deutschen Nation und nicht bloß Sache einer Wohnungsbureaufkränze. Will man ehrlich die freudige Mitarbeit aller Volksteile, so muß man auf die Gefühle Andersdenkender Rücksicht nehmen und nicht die Schatten gleichmäßig verteilen. Wenn durch den Mund eines Vertreters der Gewerkschaften zum Ausdruck kam, daß er darauf verzichtet, sich gegen einen Teil der vorgetragenen Auffassungen zu wenden, damit die Einheitlichkeit des Rufes „Rettet den Wohnungsbau!“ nicht leiden möge, so geschah dies mit der Zustimmung zahlreicher Versammlungsteilnehmer gleicher Auffassung. Diese Toleranz verlangt aber die gleiche Leistung von der Gegenseite. Mit den Geschlossenheiten einer Bureaufkränze, die in den Geisteszuständen der herrschenden Schichten vor der Revolution wurzelte und nur gelten ließ, was damals von oben herab anerkannt wurde, muß endgültig gebrochen werden. Nur dann wird mit Hilfe des ganzen Volkes der Ruf „Rettet den Wohnungsbau!“ sich fruchtbringend auswirken. —

## Kleines Genieleten.

### Die verbotene Liebe.

Für junge Menschen, die das 14. Lebensjahr beginnen, spielt das Erwachen der ersten Liebesempfindungen eine große Rolle. Ueber die Seelenkämpfe der Pubertätszeit ist viel geschrieben und geredet worden. Doch wer mit offenen Augen durch das Leben geht und in den Straßen der Jugendlichen zu forschen versteht, der braucht die Mähr des Frühlings in den Mädchenhäutern nicht erst jahrelang auf weiß zu lesen, der schaut sie laufend, ja im täglichen Leben.

Doch merkwürdig, die weißen Mädchen sind blind und auch diesen inneren Vorgängen gegenüber. Die eigene Jugendzeit ist vergessen und verbannt. Nicht Ergebnis zeigen in dieser Hinsicht die schicklichen Jugendbücher. Sind Freund und Berater der Jugend zu sein, nicht nur einen Teil von der Verbannt-leipziger gegen die ersten Liebesempfindungen der jungen Leute auf zu schauen und in schicklichen Worten sich bewegen zu lassen, sondern auch ungeschickliche Szenen abspielen. Ein Drille über das treuhaft in seiner eigenen Jugendzeit. Sein beständiges Fächeln „Mutter“ erzählt erwidert sich von den Erlebnissen, die Liebe und seine Kinderheit nach die Kämpflichkeit ihrer Lehrer in dem schicklichen Jugendbuch. Denn während ihres erwachenden Frühlings erdulden. Die große Jugendzeit jedoch geht mit der verbotenen Kindheit Bedeilit in „Frühlingserwachen“. Sein Lehrer, in die Karte und ihre Mutter sollte an diesen erwachenden Frühlings verbannt gehen, ohne Selbstkritik zu haben, damit die verbotene Kindheit des Frühlings gegen die Kämpflichkeit der Erzieher nicht ungeschicklich erdulden.

Nach bei uns in Magdeburg heißt es Hermanns-lehrer zu geben, an deren Stelle, Befehl und andere Führer der Jugendzeit eine Gruppe von Erziehungsgelehrten sind. Die Kunde man es jetzt feststellen, 13 bis 14-jährigen Schülern die Verbannt von Theaterstücken zu verbannt, in denen von Liebe die Rede ist. „Mutter“, „Frühling“, „Mutter von Hermann“ und ähnliche Werke zeigen nach der Kämpflichkeit dieser Lehrer als geschickliche Komposition für ganz über gegeben werden.

Geht — ein solches Verbot nicht laßt, daß die Erde ist zu groß, um nur darüber zu leben. Solche Verbot sind der Kämpflichkeit, mit dem ich Bedeilitige Jugendliche erdulden lassen. Denn man muß auch die Herzen der Kämpflichkeit erdulden. Man muß die Kämpflichkeit der Erde verstehen und sich in der Kämpflichkeit erdulden mit den Kämpflichkeit, die Lehrer und Lehrer

der Seele des endigenden Kindesalters gegen derartige mittelalterliche Pädagogen mit Recht erhoben haben. —

**Theaterkritik.** Die Berliner „Vollstunde“ gab ein russisches Drama, „Die Lüge“ von Wolodymir Wjunitzjenski. — Das hannoversche Opernhaus hatte mit der Aufführung von „Julius Caesar“ in der Göttinger Bearbeitung einen vollen Erfolg. — Firmin Gémier, der mutige Direktor des Deutscher-Theaters in Paris, beauftragte Joseph Doret, Alexander Moissi und Rose Bertens einzuladen, im „Leben des Reichman“ in seinem Theater in französischer Sprache mitzuwirken. — Der Streik der Arbeitermitglieder des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg ist beendet. Die Vorstellungen beginnen wieder mit einer Aufführung der Oper „Wigand“. —

**Banner gestürzt.** Eine Fremdenkutschfahrt ereignet uns jedoch: der Führer des deutschen Seemannsvereins ist gegangen worden, und zwar, wie sich das für einen so betagten Mann zeigen mußte, mit tragischen Umständen. Die schwarze Fahne des Seemannsvereins steht an der Spitze ein Welt des überlebigen Deutschen als Handliteratur auf. Da gab es kein Halten mehr. Professor Brunner schützelte den unheimlichen Berliner Sturm von den reinlichen Füßen und wanderte mit nach Bayern. Ledentoff, Kahr und Höner werden ihm nicht mit Verbannt an ihre Geliebten drücken, wenn er dort ankam, um am Starnberger See seinen geliebten Hof zu bauen, nachdem sich sein Berliner als so ungeschicklich heranzustellen hat. —

**Auftrag der Berliner Volkshilfe.** Die Hauptberaumung der Volkshilfe in Berlin geschieht in der einflussreichen Kammer von Berliner Republik: Die am 30. Oktober 1922 tagende Delegiertenversammlung der Volkshilfe e. V. gab folgende Beschlüsse: Die Zahl der Mitglieder, welche sich an die gesamte Volkshilfe mit dem ersten Appell: für die Freie Arbeiter Organisation und über gemeinnützigen Theaterunternehmungen kein Opfer zu sparen. Die Leiter der Theaterorganisation sowie die Leiter der so nötigen Herbeiführung des Kampfes an Königplatz bringen immer noch zu Beiträgen, erheben, und die getragenen werden müssen zur Aufrechterhaltung dieser aller Welt anerkannter Kulturwerke. Jedes Mitglied jeder Größe und Altersklasse verpflichtet seine an diesen Werke, das vielen Tausenden des ungeschicklichen geistigen Fortschritts, auch durch Erwerb von Teilhaberschaften für den Kampfes. Bei jedem Kampfes benutzt die ganze Kraft unserer Organisation. —

**Wibende Kunst.** Von den nach Essen übergeführten Sammlungen des von Karl Ernst Osthaus gegründeten Folkwangmuseums in Essen ist ein Teil im hiesigen Kunstmuseum aufgestellt worden. Das Kunstmuseum wurde gestern von einem Kreise geladener Gäste wieder eröffnet. Die Frage der Unterbringung des gesamten Folkwangmuseums ist jetzt dadurch gelöst, daß von der Stadt auch das Goldschmidt-Haus neben dem jetzigen Museumsgebäude geschenkt worden ist, in dem die übrigen Sammlungen untergebracht werden sollen. — Bei der Inventarisierung der Werke alter Kunst in der Provinz Brandenburg ist jetzt in Königshagen in der Neumark ein bisher unbekannt gebliebenes Wandgemälde des Mittelalters aufgefunden worden, das die mystischen Anschauungen jener Zeit auf einem ihrer seltsamsten Gegenstände zeigt. Sieben jugendliche Frauen schwingen darauf den Hammer, um den Heiland an das Kreuz zu nageln. Jede dieser sieben Frauen ist die Idealgestalt einer Jugend. Die Deutung dieser merkwürdigen Szene hat Professor Georg Böh, der Berliner Kunstgeschichte, gegeben. Es ist die Illustration zu einer Stelle aus dem Alten Testament, die als Weissagung für das Erscheinen des Messias galt. Der Prophet Jesajas prophezeit die Untergang der Stadt Jerusalem und schließlich das Gland in der zerstörten Stadt: nachdem der größte Teil der Männer gemordet ist, werden die Frauen unterdrückt und kinderlos sieben. Der Prophet sagt, daß in dieser Not sieben Frauen einen einzigen Mann ergreifen werden, um sich mit ihm zu vermählen. In diesen sieben Frauen aus dem zerstörten Jerusalem hat die Phantasie der mittelalterlichen Mystiker die mystischen Gestalten von sieben Jungfrauen gesehen, um dementsprechend Christus am Kreuz geschlagen ist. Das Königberger Wandgemälde ist wahrscheinlich um 1400 entstanden. —

**Neue Kritik.** Als der Professor Müller in Wien „plastische Vorstellungen“ gab, bei denen antike Statuen von fast unbekanntem Personen dargestellt wurden, fragte man Gahle, warum denn die Kritik sich über diese Leistungen so gar nicht äußere. „Nun“, erwiderte er, die Kritik hat es bei solchen Sachen besonders schwer; sie findet daran nichts herunterzureißen. —

**Salz und Strahlenschutz.** Der Präfect des französischen Departements Meuse stellt in einem Rundschreiben an die ihm unterstellten Bürgermeistereien fest, daß eine ganze Reihe der von den Gemeinden errichteten Erzieherdenkmäler deutschen Fabrikats sei. Die Bürgermeister haben Anweisung erhalten, dafür zu sorgen, daß solche Fälle sich unter keinen Umständen wiederholen. Da hört sich denn doch sehr komisch an! —



# Neue Zivilprozessordnung.

In der ersten Sitzung der Kommission zur Aufstellung eines Entwurfs einer neuen Zivilprozessordnung hat Reichsjustizminister Dr. Radbruch in einer einleitenden Ansprache über die Ziele des Gesetzgebungswerks u. a. aus:

Der aus einem vergangenen Zeitpunkt geborene Prozess sei in seiner Schwerkraft und Langsamkeit dem Volk völlig entfremdet. Der Unwille weiter Kreise richte sich aber nicht gegen das Prozessgesetz, sondern gegen die, die es anwenden, gegen die Justiz. Ebenso wie gegen die Strafrechtspflege der Vorwurf der Klassenjustiz, werde gegen die bürgerliche Rechtspflege derjenige der Weltfremdheit der Richter erhoben, der doch eigentlich und wesentlich nur der Zeitfremdheit eines überalterten Gesetzes gelte. Aus solchen Stimmungen heraus ergebe sich die Furcht aus der ordentlichen Justiz, die wir jetzt mit Besorgnis erleben, die Flucht vor kleinen Objekten in die Sondergerichtsbarkeit und die der großen Objekte in die Schiedsgerichtsbarkeit. Die ordentliche Gerichtsbarkeit drohe zu einer Ruine zu werden, gerade noch gut genug, um daraus Steine zu brechen für den daneben zu errichtenden Neubau der Sondergerichte. Gerade die Gebiete, die der ordentlichen Justiz entzogen werden sollten, seien aber diejenigen, aus denen sich am ehesten die Erneuerung ihres sozialen Geistes ergeben könne. Nur eine kräftige und schnelle Neuordnung der Justiz könne ihrer fortschreitenden Ausföhrung durch die Sondergerichtsbarkeit und die Schiedsgerichtsbarkeit Halt gebieten.

In der zweitägigen Beratung besprach die Kommission die wichtigsten grundsätzlichen Fragen der Reform. In einigen Wochen wird die Aussprache fortgesetzt werden.

Außer dem Referenten des Reichsjustizministeriums und Vertretern der preussischen und bayerischen Justizverwaltung gehören der Kommission an Reichsgerichtsrat Busch (Leipzig), Oberlandesgerichtspräsident Dr. Levin (Braunschweig), Professor Stein (Leipzig), Justizrat Dr. Magnus (Berlin) und als korrespondierendes Mitglied Rechtsanwalt Fuchs (München).

## Eine türkische Republik?

Die türkische Frage scheint noch vor dem Zusammentritt der Lausanner Konferenz in ein neues Stadium zu treten. Nach einer gestern von uns wiedergegebenen, vorerst allerdings noch nicht amtlich bestätigten Nachricht hat die türkische Nationalversammlung in Konstantinopel den Sultan für abgesetzt erklärt und für ihn einen Nachfolger nicht berufen. Vielmehr scheint man zu beabsichtigen, das ehemals osmanische Kaiserreich in eine Art von Republik zu verwandeln.

Das würde für den Orient eine Neuheit bedeuten. Die orientalischen Staaten fielen und standen bisher mit der monarchischen Form. Der Monarch galt ihnen zu gleicher Zeit als der oberste religiöse Vertreter. Zumal für die Muselmanen war der Sultan zu gleicher Zeit der Kalif, der als Oberhaupt des mohammedanischen Bekenntnisses galt, über die Grenzen des osmanischen Reiches hinaus.

Aber auch die Türkei hat sich modernisiert. Schon vor dem Kriege waren die Jungtürken dafür bekannt, daß sie dem Thron nicht mehr die Achtung entgegenbrachten, die er in Kleinasien lange Jahrhunderte hindurch für sich beanspruchte. Revolutionäre Antriebe und Aufstände zeigten, daß der Sultan in den Händen der einzelnen politischen Gruppen nur noch eine Art Schachfigur war. Das Auftreten der europäischen Großmächte hat im Orient dafür gesorgt, daß das Ansehen des angestammten Herrscherhauses, das man dem Volk in Europa selbst als eine Art nationalen Heiligtums hinzustellen beliebte, gründlich untergraben wurde.

Der Friede von Sevres, den der Sultan widerspruchslos unterzeichnet, hat der kaiserlichen Institution in der Türkei den letzten Rest gegeben. Kemal-Paschas Widerstand und seine Siege über Griechenland und England bewiesen dem osmanischen Volke, daß es auch ohne einen angestammten Herrscher geht, und so wäre es ja nicht verwunderlich, wenn die Institution des Sultanats für den osmanischen Staat erledigt wäre.

Eine andre Frage allerdings wird es sein, wie nunmehr die religiöse Frage geregelt wird. Einerseits ist nicht anzunehmen, daß man dem Syrak eines Königs, der sich derart kompromittiert hat, wie der letzte Sultan, und seinem Geschlecht die oberste kirchliche Würde auch weiter überträgt wird. Auf der andern Seite ist die Vorstellungswelt der Mohammedaner zu sehr mit dem Kalifat verbunden, um kurzerhand einer Neuordnung unterworfen zu werden.

Es wird vom völkerpsychologischen Standpunkt von größtem Interesse sein, wie die Türkei einen Ausweg aus diesem Zwiespalt finden wird.

## Notizen.

Wahlhandlung von Sozialdemokraten durch Deutschvölkische. In einer Versammlung in Marktsdorf bei Würzburg wurden der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Lochlein und der Parteisekretär Kern von Deutschvölkischen mißhandelt. Beide liegen schwerverletzt daneben.

Die älteste deutsche Eisenbahn stillgelegt. Die zwischen Nürnberg und Fürth verkehrende „Ludwig-Bahn“ hat infolge der katastrophalen Betriebsveränderung ihren Betrieb einstellen müssen. Die Ludwig-Bahn verkehrte seit dem Jahre 1835.

Die Einigung. In einer gemeinsamen Sitzung des Kreisverbandes der Sozialdemokratie im Saargebiet und der Bezirksleitung der Unabhängigen zu Saarbrücken ist einstimmig gemäß dem Nürnberger Parteitagbeschluss die Verschmelzung beider Parteien beschlossen worden. In Nürnberg haben sich die ehemals unabhängige Zeitung „Sozialdemokrat“ und die sozialdemokratische Zeitung „Frankische Tagespost“ verschmolzen. Die „Frankische Tagespost“ selbst Organ der Sozialdemokratie Mitteldeutschlands. Ein Redakteur und der Geschäftsführer des „Sozialdemokrat“ wurden übernommen. Schwierigkeiten hat es bei den Einigungsverhandlungen in Saargebiet gegeben. Die Generalversammlung der Verlags-Gesellschaft der unabhängigen „Volksstimme“ in Saargebiet hat mit 43 gegen 39 Stimmen beschlossen, die unabhängige „Volksstimme“ weiter bestehen zu lassen. Es tritt somit in Saargebiet ein, daß, obwohl sich die überwiegende Mehrheit der Unabhängigen im Saargebiet für die Vereinigung entschieden hat, die Genossenschaft gegen den Willen der Parteimitglieder handelt.

Ein neuer Kriegsbeschuldigten-Prozess. Am 17. November findet in Leipzig vor dem Reichsgericht ein neuer Kriegsbeschuldigten-Prozess statt. Es wird gegen den Landsturmmann Grünherd verhandelt wegen wegen Diebstahls und Blindeckung, die er in Charleroi verübt haben soll. Der Angeklagte befindet sich in Untersuchungshaft.

Lebhour-Partei in München. In München hat sich im Stadtparlament eine Lebhour-Fraktion gebildet. Sie umfaßt vier Stadterordnete.

## Wir helfen!

In der jüngsten Nummer des „Zeitungs-Verlags“, des Organs des Verbandes deutscher Zeitungsverleger finden wir diese Anzeige:

### Wir helfen!

Zeitungsverleger im östlichen Deutschland, die beachtlichen, ihre Zeitung einreichen zu lassen oder die Erscheinungsweise zu vermindern, bitten wir um Angabe ihrer Anschrift. Diskretion wird zugesichert und verlangt. Anschriften unter . . . an die Geschäftsstelle des „Zeitungs-Verlags“.

Diese Anzeige spricht mehr als lange Aufsätze von deutscher Pressenot. Wer ist es, der den Blättern „Hilfe“ anbietet? Es ist das Großkapital, das gegenwärtig die niedrige im Kurze stehende „öffentliche Meinung“ aufkauft, um mit ihr brutale Interessenpolitik zu treiben. Es ist die reich mit Geld versehene antirepublikanische Reaktion, die sich in der Stille der Verlage und der Druckereien bemächtigt, um das Volk wieder in die alten Fesseln zu treiben.

Wenn die Not der Presse im bisherigen Tempo weitergeht, wird es allein die sozialdemokratische Presse sein, die nach von der Macht des Kapitalismus unabhängig ist. Sie wird aber diese Aufgabe zur Rettung der deutschen Presse nur erfüllen können, wenn man ihr allen Schwierigkeiten zum Trotz, die Treue hält.

## Wir helfen!

Wir helfen der sozialdemokratischen Presse! Wir stehen ihr zur Seite, damit sie im Kampfe gegen den Kapitalismus nicht unterliegt; das muß die Parole sein, die kein Arbeitender verraten darf. Darum: Abonnieren die

## Volksstimme.

Der Reichstag. Der Vorkonferenzrat des Reichstags wird sich morgen mit der Geschäftsfrage des Hauses befassen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß der Reichstag nicht wie beabsichtigt, bereits am 7. November zusammentreten wird. Vielmehr besteht die Möglichkeit, daß mit Rücksicht darauf, daß die Reichsregierung durch die Verhandlungen mit der Reparationskommission stark in Anspruch genommen sein wird, der Zusammentritt des Reichstags erst nach Abschluß der Verhandlungen mit der Reparationskommission erfolgt.

Maschinen und Geizer. Am 30. Oktober taute in Berlin der Beirat des Verbandes der Maschinen- und Geizer. Aus den Berichten ging hervor, daß der Verband überall eine recht erfreuliche Entwicklung genommen hat. Im letzten Quartal sind rund 10 000 Reparaturen gemacht worden. Die vom Verbandsvorstand eingetragene Vorlage über das neue System der Beitragsleistung und der Unterhaltungsgebühren fanden einstimmige Annahme. Der Beschluß des Verbandstags, wonach mindestens ein Stundenlohn als Wochenbeitrag zu leisten ist, soll mit aller Energie durchzuführen werden. Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft wurde eine Resolution angenommen, in der mit Bedauern festgestellt wird, daß seit dem Verbandstag im Jahre 1921 die Sozialisierung der Energiewirtschaft nicht im geringsten fortgeführt wurde. Dieser wichtige Zweig der deutschen Wirtschaft befände sich vielmehr immer noch in einer Desorganisationsphase, die volkswirtschaftlich sehr verhängnisvoll wirkt. Gerade in der Zeit der Kohlenknappheit ist es dringend erforderlich, die Energieerzeugung in großzügigster Weise auszureichern und in leistungsfähigen Zentralkraftwerken zusammenzufassen. Das Reichskammerministerium wird aufgefordert, mit Beschleunigung an der so notwendigen Sozialisierung weiterzuarbeiten.

Einschränkung der Militärkontrolle? Bei der Reichsregierung ist eine Note der Alliierten eingegangen, in der diese die deutsche Regierung zu Verhandlungen einladet, um über die Frage einer Abschaffung der internationalen Militärkontrollkommission und Einsetzung eines Militärkontrollkomitees, das einen wesentlich geringeren Umfang haben soll als die Kontrollkommission. Die Reichsregierung hat diese Einladung angenommen. Die Einsetzung eines Komitees würde auch in finanzieller Hinsicht eine Erleichterung bedeuten, da die Kosten dieser Kommission in der Hauptsache durch die Alliierten aufgebracht werden sollen.

**Dollar** Amtliche Notiz vom **6150 Mark**  
Donnerstag 1925  
Freitag mittag zirta

Arbeitsruhe am 9. November in Berlin. Die Gewerkschaften der Berliner Gewerkschaftsmission haben den Beschluß gefaßt, für den 9. November in allen Betrieben völlige Arbeitsruhe zu proklamieren. Alle Anordnungen für die Arbeiter sollen dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission und der Sozialdemokratischen Partei überlassen bleiben.

Der Zeitungsfriedhof. Die „Hannoversche Zeitung“ in Blankenburg am Harz mußte infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihr Erscheinen einstellen. Die „Berliner Arbeiterzeitung“ in Blankenburg hat ihr Erscheinen eingestellt. Die Zeitung ist vom Verlag des „Berliner Anzeigers“ käuflich erworben worden und wird nun als Untertitel des „Anzeigers“ weitergeführt.

Der Deutsche Polizeibeamtenbund. Der organisierte Aufmarsch der preussischen Polizeibeamtenverbände hat die Bildung im Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands organisierter Verbände veranlaßt, den Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands aufzulösen. Es ist unter Beteiligung sämtlicher Polizeibeamtenverbände Deutschlands der „Deutsche Polizeibeamtenbund“ gegründet worden.

30 Milliarden nach England. Das ungeheure Restdefizit hat die Reichsbahnverwaltung genehmigt, bisher für 30 Milliarden Mark Stenlohn aus England einzuführen.

Reichsgaben für Tschow. Wie bereits mitgeteilt wurde, hatte die Inhaberin eines Ladengeschäfts in der Nähe der Technischen Hochschule, Charlottenburg, durch Ausschuss zu einer Listenzeichnung zu Gunsten des wegen Verhinderung der Ernennung des Ministers Dr. Rathenow zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Ernst Werner Tschow aufgefordert. Dem amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge hat die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums sogleich das Strafverfahren gegen die Geschäftsinhaberin wegen Vergehens gegen Ziffer 3 des § 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik eingeleitet, nach dem die Auslieferung von Belohnungen auf Gewalttätigkeiten gegen Mitglieder einer republikanischen Regierung des Reiches oder eines der Länder mit Gefängnisstrafe von 3 Monaten bis 3 Jahren oder mit hohen Geldstrafen bedroht wird. Außerdem ist die Zeichnungsfeste beschlagnahmt worden, ebenso auch das darauf gesammelte Geld.

In Sowjetrußland wird weiter erschossen. Die im Moskauer Spionageprozess gegen einige Mitglieder der lettlandischen Vertretung gefällten acht Todesurteile sind am 1. d. M. der Verurteilten bereits vollzogen. Die übrigen zwei Verurteilten hat die Sowjetregierung sich bereit erklärt gegen in Lettland verurteilte Kommunisten auszutauschen.

## Depeschen.

### Neue Portoverhöhung.

B6. Berlin, 3. November. Der Reichsrat nahm die Vorlage betreffend eine neue Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren an, ebenso einen Gesetzentwurf, der das Gesetz zur Bekämpfung der Kapitalflucht teilweise veränderte, teilweise milderte. Der Reichspostminister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt ihre Regierungen auf ganz wesentliche weitere Erhöhungen vorzubereiten.

### Reichensfeld zurückgetreten.

B6. München, 3. November. Wie die Blätter mitteilen, hat Ministerpräsident Graf Reichensfeld an den Landtag ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Absicht, zurückzutreten, bekanntgibt und begründet. Der Rücktritt ist damit vollzogen.

### Wilhelms Brautgeschenk.

\* Berlin, 3. November. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Anfrage im Reichstag eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, ob die zuständigen Stellen die Genehmigung zu der Ausfuhr des Diadems erteilt haben, das der ehemalige Kaiser als Brautgeschenk nach bisher unwiderprochenen Nachrichten in Berlin habe anfertigen lassen und das einen Wert von mehreren hundert Millionen Mark habe und aus Deutschland nach Holland ausgeführt werden soll. Falls um die Ausfuhr genehmigung nicht ersucht worden sei, wird gefragt, ob die Reichsregierung Auskunft über den Verbleib des Schmuckstücks erteilen könne und welche strafrechtlichen Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, wenn dieses Werkstück ohne Ausfuhrerlaubnis über die Grenzen des Reiches gebracht werde.

### Zugzusammenstoß.

B6. Essen, 3. November. Heute morgen 4 1/2 Uhr fuhr der Wagenzug des D-Zugs 197 in Duisburg Hauptbahnhof auf den im Gleise I West haltenden Personenzug 227 auf. Fünf Personen des letzteren wurden beschädigt und entgleisten zum Teil. Der Sachschaden ist recht erheblich. Acht Personen wurden leicht verletzt. Der Betrieb ist sonst nicht gestört.

### Die englischen Gemeindevahlen.

B6. London, 3. November. Nach den letzten Berichten der Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen in London 220 Sitze bei den Wahlen in den Provinzen sind bis gestern abend von 574 Arbeiterkandidaten 350 unterlegen.

### Die erste Grenzverletzung.

B6. Belgrad, 3. November. Anlässlich des Faschisten einfalls in Jugoslawien und der Verletzung der Grenze Jugoslawiens sind ein Ministerat statt. Die Armeekommandanten in Agrum und Sarajevo wurden beauftragt, die nötigen Vorkehrungen für eventuelle Zwischenfälle zu treffen. Inzwischen besuchte der hiesige italienische Geschäftsträger den Außenminister und versicherte, daß die italienische Regierung von dem Wunsch durchdrungen sei, mit den Nachbarstaaten freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten.

### Ein politischer Wit.

B6. London, 2. November. Lord Birkenhead hielt an Stelle des unglücklichen Lloyd George in einer Versammlung der National Liberalen eine Rede in Bristol, worin er sagte, bei der Versammlung im Carlton-Klub sei er aufgefordert worden, Lloyd George zu sagen: „Sie sind zu tüchtig. Wir brauchen ein paar dumme Menschen und Sie müssen gehen.“ Er würde das nicht tun, selbst wenn alle Konserkativen im Lande ihn dazu aufforderten. Bieher würde er aus dem politischen Leben sich zurückziehen.

### Amerikanische Wahlen.

B6. Paris, 3. November. Nach Blättermeldungen aus Washington wurden die Wahlen für die Erneuerung eines Districts der Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats auf den 7. November festgesetzt.

**Nur 2 Tage!**  
Ein prima Damen-Filzhüte **350** Mk.  
moderne Formen und Farben, stelle ich zum erstaunlich billigen Einheitspreis zum Verkauf . . . . . Stück  
**H. LUBLIN**  
Damenhut Zylinder  
fresche, lose gearbeitete Form, in verschiedenen Farben  
Stück **1200** Mark

Es gibt keinen besseren u. preiswerteren Schuhputz als **Patté-Creme**



Gegen  
**Frostschäden**  
Periols-  
Präparate  
Holzapotheke  
Breiteweg

Verkauf u. Tagespreis  
neu: Herren- u. Damen-  
Hüte, Anzüge u. Kleider  
Wittener, Wittenberger  
Str. 21, 1. Etg. Schillerstr.

**Ankauf**

Stufe  
**Frauen**

tausend 200 Gramms  
Haare in einen Sack  
um ohne Nachzahlung  
**nur auf diese**  
**Announce**  
oder verkaufen Ihre  
Haare zum Preise von  
**1500 bis 2000 Mk.**  
und mehr nur bei  
**Hochmuth**  
Südlichestr. 19, 1.

Siehe fortlaufend  
Nähmaschinen, Strick-  
maschinen, Näh-  
maschinen

**Frauenhaar!!**  
ausgefärbt  
lange die schönsten  
Haare - 30 bis  
**50 Mark** mehr  
als Gebot der Zeit  
Ankauf u. Verkauf  
Haare 1-30 Jähr. für  
permanente u. 5-6 Jähr.  
**W. Träbert**  
Schillerstr. 1, 1.

Kaufe laufend  
**Gold-,  
Silber-  
Besch.**  
Kette, Kette, Kette  
alle Arten  
zu höchsten Tages-  
preisen. 412

**Paul Bartsch,**  
Bismarckstr. 20, 1. Etg.  
(Erdal, Geschäft)

**Kleine Anzeigen**  
werden  
immer gelesen.  
Wir bitten unsere Leser  
für geschäftlichen und  
Geldverkehrs-Anzeigen  
in erster Linie in der Blatt-  
ausgaben zu lassen. Der  
Leserpreis der  
**Volksstimme**  
ist so groß, daß ein Er-  
folg mit Sicherheit zu  
erwarten ist.

# Damen-Hüte

außergewöhnlich preiswert!

- Laufhütchen sehr fest, aus farbigem Stoff, bunt bekurbelt Mk. **275**
- Samtkappe sehr schick, schwarz, mit reizender Bandgarnitur Mk. **245**
- Filzhut praktisch, mit geflochtener Filzgarnitur . . . . . Mk. **295**
- Backfischglocke sehr kleidsam, aus farbigem Tricotin . Mk. **395**

**Regenhüte**  
aus prima  
Gummistoff, neueste Form  
Mk. **1450**

**Moderne Kappe**  
aus Manchester,  
in aparten Farben  
Mk. **1875**

Sehr hübsche  
**Jungmädchenhüte**  
aus farbigem Filzstoff,  
mit gleicher Garnitur  
Mk. **445**

**Matelothut** aus Filz, mit far-  
biger Bandgarnitur . . . . . Mk. **625**

**Damenhut** flotte Form,  
Duvetinekopf, mit buntfarbig. Leder-  
rand und Garnitur . . . . . Mk. **1475**

**Damenhut** sehr elegant, aus  
schwarzem Kunstplüschzylinder, mit  
geflochtener Garnitur . . . . . Mk. **1550**

**Duvetine-Hut**  
in verschiedenen Farben,  
modernste Form, mit schwarzer Stepperei,  
Mk. **2100**

**Hutformen**  
Große Posten Hutformen  
ganz außergewöhnlich billig

aus Filz  
Mk. **295**

aus Velour  
Mk. **345**

aus Haar  
Mk. **395**

# Lange & Münzer

Breiteweg 51/53

Breiteweg 51/53

**Pantoffelfabriken.**  
Es nur erstklassig. Ganzschwarz gefertigt.  
Leichte, luftige Unterlebenshüte  
und sehr leicht wiegende extra  
breite prima Lederlebenshüte  
zu billigen Tagespreisen  
**Meyer Michells Lederh.**  
Magdeburg, Gr. Marktstraße 16.  
(Gez. 1884.) 2185



**G. A. Krause**  
Magdeburg  
Koffer- u. Lederwarenfabrik  
Spez. echte  
Rohrplattenkoffer  
Versandhaus  
für Reisebedarf  
aller  
Art

Höchste Auszeichnung auf der Niama  
Medaille der Stadt Magdeburg

**!Zahle!**  
r. d. V. Damastbes. 6.6000.  
r. d. V. dunt. Bez. 6.4500.  
r. d. V. 500 u. Send. 6.8000.  
für Sandtücher 1500.  
Fieberbetten bis 8000.  
für Angüge bis 10000.  
u. Damengarder. fed-  
erane Uniform, Schuhe,  
Stief. Nachlässe, Kind-  
Garderobe, Pelzfächer  
hohe Preise. 340  
**Friedmann, Eisg.**  
Friedmann, Engstr. 16.  
Fernruf Nr. 4490.

**Gold!** Inkrate mit Dollarkurven  
sowie Preisen für Fein-  
gold und Silber sind ir-  
reführend. Sie erleben, so-  
bald Sie verkaufen, stets  
Enttäuschung! Verlangen  
Sie nur an Fachleute, dieselben sind  
nur fähig, über Wertfragen gewissenhaft  
abzuschätzen. Sie unterstützen  
zugleich das Handwerk. 434

**W. Müller,**  
9, pt. Georgenplatz 9, pt.  
Kaufe 1885 1888 1889 1890  
**Alte Gebisse**  
**Gold-, Silber-,  
Platin-, Double-Bruch,** einzeln  
3000.  
**9, pt. Christlich-Geschäft 9, pt.**  
Goldschmiedewerkstatt.

**Arbeiter, Angestellte, Beamte!**  
Die Preise haben wieder, alles geht in die Höhe. Der  
Preis für Ihre und Ihre Familie mit der nächsten Besorgung  
ist ein Schicksal!  
**Das ist nicht Ihre Schuld!**  
Ihre Schuld aber ist es, wenn Sie bestimmen, sich mit  
guten, preiswerten Schuhen einzulassen. Sie erhalten bei mir:  
**Schuhwaren auf Zeitzahlung.**  
Diese Schuhwaren sind für jeden Mann und jede  
Frau in jeder Lage geeignet. Sie sind für jeden Mann  
und jede Frau in jeder Lage geeignet. Sie sind für jeden  
Mann und jede Frau in jeder Lage geeignet. Sie sind für  
jeden Mann und jede Frau in jeder Lage geeignet. Sie sind  
für jeden Mann und jede Frau in jeder Lage geeignet. Sie  
sind für jeden Mann und jede Frau in jeder Lage geeignet.  
**Richard Losse,** Schuhwaren-Handlung  
Magdeburg, Große Marktstraße 22, Fernruf. 638.

**Gerahmte Bilder**  
Leinwand, Holz usw.  
in großer Auswahl  
in jeder Preislage und Größe,  
in Öl, Kupfer- u. farbigen Druck,  
nach Preiswert.  
Kaufen Sie nun bald!  
**Buchhandlung Volksstimme**  
Magdeburg, Große Marktstr. 3.

Die Zetten sind teuer,  
das Geld ist rar!  
Der Groß sagt: Spar!  
Wie mach ich das richtig  
und ideal?  
Kauf nur Erdal!

**Erdal**  
Marke Rolfrosch - Schuhpaste  
Werner & Merz A.-G. Mainz



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 3. November 1922.

Revolutionsfeier.

Genossinnen und Genossen! Der sozialdemokratische Antrag, den 9. November als gesetzlichen Feiertag einzuführen, ist von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden.

abends 7 Uhr, im „Sofflager“

statt. Die Festrrede hält der Chefredakteur Paul Waber. Der Arbeiter-Sängerchor wird durch Gesangsvorträge die Feier verschönern.

Teilnehmerkarten à 16 Mark sind bei den Betriebsvertrauensmännern und im Parteisekretariat zu haben.

Sur Feier des 9. November.

Die Vorstände des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes richten diesen Aufruf an Arbeiter und Angestellte: Der vierte Jahrestag der Revolution findet unter Volk in außerordentlich ernster Lage.

In solchen kritischen Zeiten ist die Möglichkeit, den Gedanken der deutschen Revolution in feierlicher Weise zu feiern, nicht gegeben. Weder ist an ein Ausbrechen der Arbeit zu denken, das der deutschen Wirtschaft einen unüberbrücklichen Ausfall an Erzeugung verursachen würde.

Aber deshalb darf der 9. November nicht spurlos an der Arbeiterklasse vorübergehen. Fest ist uns auch die Möglichkeit zu feierlicher Feiern mit Arbeitsruhe, so sollten doch allerorts die Genossen des Tages, an dem die deutsche Republik erkämpft wurde, in ernster Weise gedenken.

Sirkus Varum.

Im Blumenfeld-Zirkus an der Walter-Rathenau-Straße hat am Donnerstag ein Gastspiel von Varums Wanderzirkus begonnen. Im ersten Teile des Programms gibt sie gute Zirkuskunst.

Der Fremdenlegionär aus. Verfasser ist Walter Grabenitz, einer der von der Schaubühne zum Zirkuschauspiel gekommen ist. Man kennt die eigentlichen Manegenspiele. Ihr Sinn lag darin, daß man Zirkusbildern eine Verbindung gab durch eine Spielidee.

Mit dem „Stoff“ und dem „Inhalt“ des Spiels kann man mit einem Satze fertig werden: eine schauerromantische Geschichte, wie sie jetzt in manchen Zeitungen über die Fremdenlegion häufiger anzutreffen sind.

gab. Bis nach 11 Uhr ging die Jagd. Dann verließen die Laufende von Zuschauerern betrieblig das runde Haus.

Arbeiter-Zentralbibliothek, Georgenplatz 10, I. Die Bücherlei ist wieder jeden Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 12 bis 7 Uhr geöffnet.

Geschlechtskrankheiten. Für die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der Reichswehr, der Schupo und den Schülern der Bauernerschule findet am Sonntag den 5. November, vormittags 10 Uhr, in den Fährtenhof-Sichtspielen die Vorführung des Films „Entstehung, Wesen und Gefahren der Geschlechtskrankheiten“ statt.

Die Unterstützungssätze für Flüchtlingsfürsorge. Die fortschreitende Leertung bildet den Gegenstand einer kleinen Anfrage, in der auf die wachsende Not der in den Flüchtlingslagern untergebrachten Deutschen hinabgewiesen wurde.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Bezirk Rothensee. Am Sonnabend den 4. November, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Präbenau.

Sämtliche politischen Betriebsobleute

der beiden bisherigen Richtungen wichtige Sitzung

Montag den 6. Novbr., nachm. 4 1/2 Uhr im Jugendheim Georgenplatz 10

Funkverbindung mit Amerika. Mit der Radio Corporation of America in New York, die auf amerikanischer Seite die Funkverbindung zwischen Amerika und Deutschland betreibt, ist vereinbart worden, daß vom 1. November 1922 an Wochentag die Legation in New York (Stadt) sowie dem Distrikt New York eingeschickt werden.

Eine vierte Serie von 100-Mark-Scheinen. Von den Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Datum vom 15. September 1922 wird, wie die Reichsbank mitteilt, in Kürze eine 4. Serie ausgegeben werden.

Ein Streit um die Minute. Der auf dem Landratsamt Genh in ständige Besichtigung am 1. September 1920 von Kirchhölzer nach Genh in fahren. Als er den Bahnhof betrat war der Zug bereits abgefahren, und zwar etwa eine Minute zu früh.

Ein Magdeburger vom Zuge überfahren. Auf der Bahnstrecke Thale-Neinstedt wurde der Schülerlehrling Fritz Lahe aus Magdeburg vom Zuge überfahren.

Der Schreibmaschinendiebstahl. Zur Aufklärung des in der Nacht zum 2. d. M. in einem Kontor in der Rotkehlstraße verübten Schreibmaschinendiebstahls ist es von Wichtigkeit zu erfahren, ob am Tatort oder in dessen Nähe verdächtige Personen gesehen worden sind.

Gestohlen wurden aus einem Schuppen in der Roghler Straße 43 große Wagenräder; von Ständen auf der Nympha zwei Gold-Prismenkläser „Ultra Lux“ Nr. 140406 und 133228 und eine größere Menge Toilettenseife; auf dem Hauptbahnhof mittels Taschendiebstahls eine goldene Herren-Hemmontur ohne Sprungedel, mit weißem Zifferblatt, arabischen Ziffern und goldenen Zeigern.

Ein Kellereibruch. In dem vor einiger Zeit in einem Hause der Anhaltstraße verübten Kellereibruch, bei dem infolge der unersättlichen Lüste bei der Entdeckung des Einbruchs, einer der Kellner des Hauses Verdacht auf sich lenkte, ist festgestellt, daß dieser Verdacht hinsichtlich und der Einbruch von einem fremden Eindringling verübt worden ist.

Reiche Beute machten Taschendiebe am 1. d. M. an der Garderobe eines hiesigen Theaters, wo ihnen vier wertvolle Herren-Taschenhüllen zum Opfer fielen.

Diebstahl. Im Besitz der Ehefrau eines Wohnungsbrechers befand sich ein 4 Meter langes Stück schwarzweiß gestreiftes Futterstoff, dessen Herkunft noch unangeklärt ist.

Verloren. Junger, arbeitsloser Arbeiter vermisst seit tag abend keine hellbraune Lederrieftasche, enthaltend wichtige wie Invalidentasche uim. Folgendes Geld kann als Finderlohn behalten werden.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magde

Das Jugendsekretariat bleibt am Sonnabend den ganzen Tag geschlossen. - Zum Arbeitssonntag auf dem Jungborn gehen alle Betriebe vormittags 8 Uhr in Beginn.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Stadttheater. Sonnabend (6. Abend): Ingeborg. - Sonntag nachmittags 3 Uhr (Vorstellung zu kleinen Preisen): Die deutschen Kleinkräuter; abends 7 Uhr (außer Umwech): Gigaros Hochzeit.

Wilhelm-Theater. Sonnabend (Vorstellung, veranstaltet von der Gesellschaft für Theater und Kunst, Pflichtvorstellung, Mitgliedsnummer 1 bis 582): Die verurteilte Gode. - Sonntag (offene Vorstellung): Das Schicksal; hierauf: Die Komödie der Truggen.

Stadttheater. Auf das am Dienstag den 7. November stattfindende Doppelgastspiel von Hans Böttger und seiner Gattin Eulie von Katerhof-Böttger von der Staatsoper in Berlin sei noch besonders hingewiesen.

Ortsauschuß Magdeburg des A. D. G. B.

Sitzung vom 1. November 1922.

Sekretär Steinte macht verschiedene Mitteilungen, die sich auf Grenzstreitigkeiten, Meldung der neu abgeschlossenen Spitzenlöhne, die Betriebsratschule und die Kollektivkassene bezieht.

Den Bericht von der letzten Bundesausschusssitzung in Berlin gibt der Bezirkssekretär Schatzmann an. In der Sitzung wurde den Zentralvorständen sowohl wie auch den Bezirksleitern vom Bundesvorstand Bericht erstattet über die seit 3 Jahren erfolgten Maßnahmen und Forderungen zur Bekämpfung der Notlage der breiten Massen.

Die Delegierten stimmten einer vom Bundesvorstand angenommenen Entschließung zu, die in der Hauptsache besagt, daß eine Wirtschaftsorganisation herbeizuführen sei, die der kapitalistischen Ausbeutung durch Privatmonopole ein Ende macht und den wahren Zweck einer organisierten Wirtschaft, die Deckung des Bedarfs der gesamten Bevölkerung, zur Erfüllung bringt.

Der Kassierer Königstedt gibt einen kurzen Kasseebericht über das 3. Quartal dieses Jahres. Danach betragen die Einnahmen für den Ortsauschuß rund 481 000 Mark und die Ausgaben 292 000 Mark.

Der Beitrag zum Ortsauschuß Magdeburg des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes wird für das 4. Quartal 1922 auf 20 Mark für männliche und 10 Mark für weibliche Mitglieder festgesetzt.

Zum Schlusse wurde ein weiterer Antrag angenommen, der das steuerfreie Einkommen einchl. der Werbungskosten erheblich herabzusetzen will.

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Seite 12.00 Mark, aufgenommen. Nächste Nummer. Am Sonntag den 5. November, morgens 7 1/2 Uhr, Treffpunkt bei O. Winter vor Schindelslag.

Theaterklasse der Buchhandlung Volksstimme.

Wertmarken für die November-Vorstellungen der „Volksstimme“ müssen sofort abgeholt werden. Ohne diese kein Zutritt zu den Vorstellungen.

Wittwoch, 8. November. Aula der Stenographenschule (am Stern) 7 1/2 Uhr abends, Gerdarr-Saupmann-Feier (Arbeitsauschuß für Volkstanz und Volkstheater).

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Der Bezug wird erleichtert durch Bemühung der Leserkarten der Volksstimme. Weiter vorrätig.

Reper: Vor heiligen Toren. Ein Aufklärungsbuch der Jugend zum Eintritt ins Leben und in den ständigen Kampf. Ein Vademecum des Erlebens und Jugendfreunden. 175 Seiten, 100 Mk.



# Nachrichten aus der Provinz.

## Elektrische Futterkonservierung.

Ein neues Verfahren zur Konservierung von saftigen Grünfuttermitteln ist von Diplom-Ingenieur A. Diebe (Galle a. d. S.) erfunden und mit dem Namen „Elektrisches Einfüllsystem“ benannt worden. Es soll so einfach gestaltet sein, daß es in allen landwirtschaftlichen Betrieben jeder Größe Verwendung finden kann. Die Fabrikation der zu dem Einfüllsystem gehörigen Apparate wird die Landelektrizität G. m. b. H. Galle übernehmen.

Wenn es gelingt, durch das neue Verfahren einen Teil des bisher aus dem Ausland bezogenen Kraftfutters durch elektrisch konservierte Futterpflanzen zu ersetzen, so muß dem Verfahren eine große Bedeutung für die Weiterentwicklung der Landwirtschaft zugesprochen werden.

## Kreis Wangleben.

**Groß-Ottersleben.** In Wangleben der Einigung. Am Montag den 6. November, abends 8 Uhr, spricht in der ersten Mitgliederversammlung der V. S. P. D. Genosse Peters über „Die Arbeiterchaft im Reich der Einigung“. Da auch der neue Vorstand gewählt werden soll, müssen die Genossen und Genossinnen zahlreich erscheinen.

**Groß-Ottersleben.** Briefverkauf auf Abschnitt 5 der Kohlenkarte 1 Bentner zu 353 Mark im Konsumverein Nr. 1 bis 410 am Sonnabend und Nr. 411 bis 820 am Montag, ferner bei Ernst Freitag auf Abschnitt 4 der Kohlenkarte am Sonnabend.

**Groß-Ottersleben.** In öffentlicher Versammlung spricht am Sonntag vormittag 11 Uhr im Gasthof zur Sonne Genosse Holle (Magdeburg) über Sozialdemokratie und Zeitung.

**Otterwedingen.** Eine Mitgliederversammlung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei findet am Sonntag abends 7 Uhr im „Goldenen Löwen“ statt. Bezirkssekretär Genosse Fenzl spricht über „Die Politik der Vereinigten sozialdemokratischen Partei“. Die Versammlung muß stark besucht werden.

**Unenburg.** Sozialdemokratischer Verein. In einer leider nur mäßig besuchten Mitgliederversammlung gab der Kassierer Genosse Behrens den Kassendbericht vom letzten Vierteljahr. Die Mitgliederzahl hat sich um etliche vermindert. Der kleine Rückgang muß schleunigst durch eine rege Agitation wettgemacht werden. Genosse J. Wenig gab dann den Bericht von der letzten Gemeindevorstandssitzung. Er widerlegte die Berichte in der „Tribüne“ über die Tätigkeit des Gemeindevorstandes und der Vertretung. Es folgte eine rege Aussprache, in welcher auch der Gemeindevorstand Genosse Klaus den Bericht noch ergänzte und in verschiedenen Sachen der Versammlung noch Aufklärung und Aufschlüsse erteilte. Die Revolutionsfeier findet am Sonntag den 12. November im Biergarten Lokal statt. Für eine rege Beteiligung muß jeder Parteigenosse sorgen. Bekannte sind mitzubringen. Wünsche verschiedener Art wurden zum Schluß noch in der Versammlung vorgebracht. Vom Kassierer wurde auf die Beschaffung der Parteizubehör hingewiesen und der Gemeindevorstand macht auf das Seuchen der Gemeindevorstandssitzung aufmerksam. Die Genossen können also an den langen Winterabenden geistige Nahrung zu sich nehmen. Vor allem aber muß in jedem Haushalt die „Vollstimme“ gelebt werden.

## Kreis Wolmirstedt-Nienhaldensleben.

### Jungen gesucht.

Wer über das Verhalten und den Aufenthalt des Genossen Richard Böhm in der Nähe von Magdeburg während der

### Demonstration in Sommerhausen

in irgend etwas anfragen kann, möge sich sofort bei Otto Vorhorn in Köpke, Bismarckstraße 60, melden. Genosse Böhm befindet sich noch immer wegen der Sommerhäuser Vorgänge in Haft.

**Varleben.** Kassenbericht muß die am Sonnabend abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende Versammlung aufweisen. In der Vollzeitspräsident Genosse Krüger (Magdeburg) sprechen wird. Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen und Bekannte mitzubringen.

**Althaldensleben.** Der Konsumverein hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab, die leider schlecht besucht war. In dieser Zeit der wirtschaftlichen Not hätten alle Mitglieder die Pflicht gehabt, zur Bewirtung zu kommen. Der Geschäftsführer Schulze gab einen zufriedenstellenden Bericht. Die Erhöhung des Geschäftsanteils auf 1000 Mark fand die Billigung der Generalversammlung. Die Anteile sollen je nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Genossenschaftler abends von 6 bis 7 Uhr in der Verkaufsstelle eingezahlt werden. Die etwa verbleibende Restsumme wird von der Jahresdividende in Abzug gebracht werden. Es ist notwendig, die Genossenschaftsmittel zu erhalten. In letzter Zeit erwerben auch Ortsangehörige die Mitgliedschaft, welche durch den Konsumverein nicht kennen wollten. Das Hauptvertrauen von Varleben durch langjährige Mitglieder wurde allgemein veranlaßt. Eine sehr lebhaft ausgeführte Diskussion über die Propaganda für den Konsumverein. Ein Antrag, die Bekanntheit der Konsumvereine in Zukunft in der „Vollstimme“ zu erlassen, fand Annahme. Hoffentlich werden künftige Versammlungen besser besucht sein. Das Interesse an der Genossenschaft muß ständig zunehmen.

**Garitz.** Eine Bergarbeiterversammlung findet am Sonntag den 5. November, nachmittags 3 Uhr, bei Schlichter, Köpcke, statt. Alle Bergarbeiter müssen pünktlich erscheinen.

**Revolutionsfeier.** Am Donnerstag den 9. November findet im Saal des Gastwirts Rehfeldt in Wangleben eine rege Agitation für die Arbeiterchaft im Reich der Einigung statt. Alle Genossen und Genossinnen müssen zahlreich erscheinen. Sonntags um 10 Uhr findet eine öffentliche Versammlung statt, nachmittags um 3 Uhr wird eine Demonstration veranstaltet. Auch von den landwirtschaftlichen Arbeitern wird eine rege Beteiligung erwartet.

## Der Nachrichten.

### Rebelle von Levin Schöding.

#### (II. Fortsetzung.)

Der Kommandant war in die geringste Anstrengung geraten, der Rebellen von Levin Schöding Hand zu legen. Der Kommandant war in die geringste Anstrengung geraten, der Rebellen von Levin Schöding Hand zu legen. Der Kommandant war in die geringste Anstrengung geraten, der Rebellen von Levin Schöding Hand zu legen.

Jedes der Rebellen ist bestimmt, als ob er der Kommandant war in die geringste Anstrengung geraten, der Rebellen von Levin Schöding Hand zu legen. Der Kommandant war in die geringste Anstrengung geraten, der Rebellen von Levin Schöding Hand zu legen.

vorzuziehen und Arbeiter geduldet des 9. November. Es geht um den nächsten Sonntag, gegen den gerade in dieser Zeit von den Unternehmern angekündigt wird.

## Kreis Jerichow 1 und 2.

**Burg.** Eine Mitgliederversammlung der geeinten Partei fand am Donnerstag statt. Genosse Fenzl sprach über die Einigung und die Politik unserer Partei. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bergen die Gefahr in sich, daß eine große Zahl von Arbeitern in das Meer der Gleichgültigkeit getrieben wird. Es ist daher Pflicht jeder Parteigenossen, für die Stärkung der Partei zu wirken. Die Verschmelzung bringt uns eine größere Macht, aber auch eine größere Verantwortung. Der Redner schildert dann das Verhalten der Kommunisten und in Verbindung damit die Verhältnisse in Rußland. Ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten wird für die nächste Zeit ausgeschlossen sein, wie werden den uns von kommunistischer Seite aufgezwungenen Kampf führen müssen. Das ist notwendig wegen der unruhigen Angriffe der Kommunisten gegen uns und der indirekten Unterstützung der Reaktion, durch die Kommunisten. Gerade aus den Verhältnissen in Italien muß die deutsche Arbeiterchaft die Lehre ziehen, einzig zu sein, denn durch die Zerlegung der Kommunisten ist es in Italien der Reaktion gelungen, ohne Widerstand zu siegen. Die Arbeiterchaft hat mehr denn je die Pflicht, gegen die Agitation der Rechtsparteien und der Kommunisten auszuweichen. Wir müssen heraus aus der Gleichgültigkeit und für Aufklärung sorgen. Viel Erziehungsarbeit zum Sozialismus ist noch zu leisten. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine Aussprache, an der sich die Genossen Hirtlein, Stollberg, Wiegand, Reimelt sen., Pfeiffer und Genossin Süß beteiligten. Erneute Grüße an den Kassendbericht vom 3. Quartal. Interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der sehr lehrreich und im kameradschaftlichen Geiste verlaufenen Versammlung.

## Kreis Kalbe.

**Krohse.** Die Einigung vollzogen. Die gemeinschaftliche Mitgliederversammlung war leider nicht so besucht, wie es nötig gewesen wäre. Genosse G. Fenzler gab den Bericht von der Parteitagung. Nach eingehender Aussprache leiteten die bisherigen Vorsitzenden der beiden Ortsgruppen ihre Posten nieder. Die Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Paul Schiller, zweiter Vorsitzender Louis Behrendt, Kassierer Walter Mennecke, Schriftführer Louis Ziem. Und nun an die Arbeit, Genossen, werbt für die Partei und eure Zeitung, die „Vollstimme“. — Eine Funktionärsitzung findet am Sonntag vormittags 11 Uhr statt.

**Kalbe.** Stadtverordneten-Sitzung. Die Versammlung hatte sich wieder damit zu beschäftigen, ob der Neubau der Schulhaus der Regereibreyte fortgeführt werden soll. Der Stadt werden Darlehen zuzulassen, aber trotzdem müßten noch 10 Millionen Mark bereitgestellt werden. Da selbst durch diesen Neubau die Wohnnot nicht beseitigt werden, vorhandene Räume zu Wohnungen auszubauen und dafür Zuschüsse zu erhalten. Die Wohnungsfrage wurde auf 75 Prozent der Friedensmiete erhöht. Die hierzu zu erwartenden Einnahmen sollen gleichfalls zu Bauten verwendet werden. Ueber die Schwierigkeiten im Begräbniswesen fand eine längere Aussprache statt. Welche Kreise der Bevölkerung sind nicht mehr in der Lage, ihre Toten so zu bestatten, wie es ihr Wunsch ist. Der Magistrat ist dem Plane nähergetreten, einen Paradiesgarten auf städtische Kosten zu beschaffen, der unentgeltlich oder gegen geringe Entschädigung zur Verfügung gestellt werden soll. Ein anderer Weg, die Beisetzungen zu verbilligen, ist die Verdrängung von der Friedhofskapelle aus. Die Leichen müßten dann von den Angehörigen dorthin geschafft werden. Die Änderung des Ortsstatuts müßte dementsprechend vorgenommen werden. Der Magistrat wurde ermächtigt, diese Frage noch näher zu prüfen. Zur Anschaffung des Saales gab die Versammlung ihre Zustimmung. Für die Kleinrentner wurde ein Betrag von 12 000 Mark bereitgestellt, nachdem der Staat eine zweite Rate in Höhe von 23 910 Mark gegeben hat. So daß im ganzen 36 000 Mark an 90 Beteiligte zur Verteilung gelangen können. Wegen des Anstiegs von Gelände zu Industriezwecken wurde der Magistrat beauftragt, städtisches Gelände gegen andres zu veräußern. Die Hilfschule wird in Zukunft „Realschule“ genannt werden; ihr Leiter wird Lehrer Feyerherz sein. Zur Anschaffung von Unterrichtsmitteln wurde der Schule eine Summe von 6000 Mark bewilligt. Der Deputat des Armenwesens schilderte die ungeheuren Anforderungen, die an die Armenpflege gestellt werden. Er schlägt vor, von dem Ertrag der veräußerten Poppel 100 000 Mark der Armenverwaltung zu überweisen, um davon den Bedarf der Armen Unterhaltung zu decken zu lassen. Es sollen ferner noch weitere Baumaterialien geillt werden. Ein Teil der Verkaufsumme soll ebenfalls für Armenzwecke Verwendung finden. Der Versammlung wurde Mitteilung gemacht, daß der Minister des Innern die Wahl des 2. Bürgermeisters Genossen Ritter zum bestellten Polizeikommissar bestätigt hat. Die Einweisung wird in nächster Zeit erfolgen. — Konsumverein-Versammlung. Der Geschäftsführer erstattete den Jahresbericht und gab Kenntnis von dem Jahresbericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Genossenschaft hat gut gearbeitet, ihre Führung ist in guten Händen. Der Umsatz hat sich um 1 608 725 Mark vermehrt und betrug 3 117 125 Mark. Nach reichlichen Abschreibungen und Stärkung der Reserven sollen von dem Reingewinn von 62 133 Mark 3 Prozent Rückverteilung gewährt werden, jedoch nur an die Mitglieder, welche ihren Anteil voll eingezahlt haben, andernfalls wird die Vergütung zurückgehalten. Der Rückverteilungsbetrag am Schluß des Geschäftsjahres 1916, er hat sich jedoch schon wieder wesentlich erhöht. Die Mitglieder müssen so bald als möglich ihre Anteile einzahlen, nur wenn sie die Geschäftsleitung inhande größere Gelegenheitskäufe zu tätigen, deren Vorteile doch immer wieder den Mitgliedern zugute kommen. Da es vielen schwer wird, den Anteil auf einmal einzuzahlen, sollen Hauszahlungen vorgenommen und Häften vermindert werden. Der Geschäftsführer hofft, für diesen Winter die Mitglieder genügend mit Rohstoffen versorgen zu können. Eine Entschädigung gelangte zur Annahme, die sich

gegen die beschlagnahmte Erhöhung der Umsatzsteuer richtet und die Steuer überhaupt als ungerecht bezeichnet. Die Regierung soll veranlaßt werden, die Konsumvereine von der Umsatzsteuer zu befreien. Ueber den Verkauf an Nichtmitgliedern fand eine längere Aussprache statt. Dann fand die Geschäftsleiter seinem Vorschlag, dem Genossen Ritter, der den Dank der Versammlung für seine 17-jährige Tätigkeit als Kontrolleur und in den letzten Jahren als Leiter des Vereins an dem Genossen Ritter ist es mit zu danken, daß der Konsumverein in diesem Grundlagede steht und auch in diesem Jahre einen glänzenden Abschluß erzielen konnte. Nicht eines jeden Genossen ist es eifrig für die Genossenschaft zu wirken und das Unternehmen zu stärken.

**Schönebeck.** Revolutionsfeier. Die Partei, der Ortsausschuß und der Bildungsausschuß rufen sich, um die Revolutionsfeier am 9. November zu begehen. Es wird alles darangelegt werden, um den Teilnehmern ein Programm zu bieten, das der Bedeutung des Tages entspricht. Ihre Mitwirkung haben die Musikvereine, die Sängervereinigung und die Direktion Camius ausageladener Vereiner, die Sängervereinigung und das moderne Drama „Was“ von Georg Ruzer Aufführung gelangt das moderne Drama „Was“ von Georg Ruzer. Die Feier beginnt um 8 Uhr abends im großen Saal des Stadtparks. Der Eintrittspreis ist auf 25 Mark für die Person festgelegt. Alle Genossen und Genossinnen müssen an dieser Revolutionsfeier teilnehmen und in den Betrieben dafür sorgen, daß der Kartenverkauf gut vonstatten geht. Einlagarten sind bei allen Funktionen der Partei, der Gewerkschaften und im Metall- und Fabrikarbeiterbureau sowie im Arbeitsekretariat zu haben. Näheres wird noch durch Inserat bekanntgegeben. — Mieterverein. Die Hausbesitzer sind mit einer Eingabe an den Magistrat herantreten, die Hunderttausende zur Grundmiete zu erhöhen. Man begründet die Eingabe mit der steigenden Geldentwertung. Es hat bereits eine Kommissionsitzung unter Teilnahme von Vermietern und Mietern unter Vorsitz des Stadtrats Friedrichs stattgefunden. Der Mieterverein verlangt nun für die nächsten des Hausbesitzer Vereins eine schriftliche Begründung. Es wird sich dann herausstellen, wie weit die Hausbesitzer über das Ziel hinausgegangen sind. Der Mieterverein steht in der Abwehr und wird alles tun, um den unberechtigten Ansprüchen der Hausbesitzer entgegenzutreten.

## Unterbezirk Staffurt-Mscherleben.

**Mscherleben.** Die Parteieinigung wird nun auf in Mscherleben durchgeführt. In einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände der Unabhängigen und der alten Sozialdemokratischen Partei sind die näheren Formalitäten festgelegt worden. Am Dienstag findet eine gemeinsame Mitgliederversammlung im „Wintergarten“ statt. Der neue Vorstand soll aus 5 Genossen der unabhängigen und 6 der alten Partei bestehen. In der gemeinsamen Sitzung wurde auch die Zeitungfrage eingehend erörtert. Alle Feiler der bisherigen „Vollstimme“ sollen nunmehr reiflos die „Vollstimme“ beziehen. Weitere Fragen sollen in der Vereinsversammlung erörtert werden. Am 9. November findet eine gemeinsame Revolutionsfeier im „Wintergarten“ statt. — Kartoffelfrage. Einer Meinung des Regierungspräsidenten folgend hatte das Wohlfaßamt die die Mscherleber Bevölkerung oder wenigstens für die Kinderbemittelten ermäßigte Kartoffelpreise einzuführen. Die lang hat der Verein dem Wohlfaßamt überhaupt eine schriftliche Antwort nicht gegeben lassen. Es ist aber anderweit bekanntgeworden, daß der Verein das Gesuch abgelehnt hat. Die armen bedauernwerten Agrarier sind nämlich die gedrücktesten und notleidendsten Menschen. Wer das nicht glaubt, dem ist nicht zu helfen. Bei einem solchen Verhalten brauchen sich die Landwirte nicht zu wundern, wenn die Arbeiterchaft schlecht auf sie zu sprechen ist.

## Kleine Chronik.

**Ein Mühlenbrand.** Sechs Menschen verunfallt. Die Mühle von König u. Herz in Dagerheim in der Walz ist einer verheerenden Großfeuer zum Opfer gefallen. Den vereinten Anstrengungen der verschiedenen Wehren ist es gelungen, den Brandherd auf die Mühle selbst zu beschränken. Bei dem Versuch, das im Keller lagernde Mehl zu bergen, kam ein fünf Feuerwehrlente und der Obermüller ums Leben. Der Keller stürzte, als kaum 3 Zentner Mehl vorgegangen waren, zusammen und begrub sechs Menschen unter den Trümmern. Es behielt wenig Hoffnung, die Verunglückten noch lebend zu bergen, da die glühenden Holz- und Eisenteile die Bergungsarbeiten sehr erschweren und neue Einstürze zu befürchten sind. Der Schaden dürfte sich auf weit über 25 Millionen Mark belaufen.

**Ein rätselhafte Geschichte.** Ein älterer Amerikaner, der ein genüßliche Lage in Berlin verbringen wollte, lernte in einem der größten Berliner Tanzlokale eine junge Dame kennen, mit der er sich innig aufsuchte. Als er von dem ungewöhnlich schönen Mädchen Abschied nahm, um nach Westdeutschland zu fahren, war er Geschäfte zu erledigen, wurde verinbart, daß Fräulein B. auf einige Tage nachkommen sollte. Über ein paar Tage nach der Abreise des Amerikaners erhielt die Mädchen von der Direktion eines städtischen Krankenhauses in Westdeutschland die telegraphische Aufforderung, sofort dorthin zu kommen, da der Amerikaner schwer erkrankt sei und den Wunsch geäußert hätte, sie zu sehen. Fräulein B. reiste sofort ab und fand den amerikanischen Freund sehr schwer erkrankt in hoffnungslosem Zustand. Er starb wenige Stunden später. In ihrem Hotel erlebte noch am selben Tag das Mädchen eine große Ueberraschung. Der Amerikaner hatte sie unter der Bedingung, daß sie an sein Krankenbett und ihn noch leben antreffe, seine hinterlassene Summe in Höhe von rund 70 Millionen Mark vermacht. — 70 Millionen und 15 000 Dollar.

**Ein altes Schloß niedergebrannt.** In Göttrich bei Weiskirchen in Sachsen brannte das der Frau von Krauß gehörige, aus dem 12. Jahrhundert stammende umfangreiche Schloß völlig nieder. Der Hülfeleistung wurde ein junger Mann beschattet und verbrannt. Die Entschädigung ist auf unbefristetes Umgehen mit einer elektrischen Blitze zurückzuführen.

„War auch sehr bedenklich!“  
„Rechnen wir nun an, der Mann hätte den Namen Hande gehabt — kann —“  
Der Leutnant schien erst überlegen zu wollen, was er sagte, bevor er weiter sprach; er grübelte mit der Spitze seines Degens nachdenklich Figuren in den Sand, womit die Dielen besetzt waren.  
„Was wollt ihr sagen, Frecksberg?“ fragte der Kommandant nach einer Pause, vor ihm schweigend.  
„Ich will nichts sagen — es geht mir nur so durch den Sinn, daß die Sache doch verläuft nicht so ganz ein Mißverständnis oder — ein Schreibfehler ist, wie wir denken!“  
„Nicht? Und wie sollte das zusammenhängen?“  
„Haben Sie nicht irgendwelchen armen armen Sünder in den Reihen, von dem Sie entnehmen könnten, daß in diesen Tagen der Meister Sommerlein über ihn kommen werde?“  
„Guten armen — nun, mag sein sein — da ist Nummer ein Brandstifter und Raubräuber, kann Nummer Dreizehn ein Geinle von Raubräuber.“  
„Rechnen wir bei Nummer Dreizehn stehen. Vielleicht hat der Herrgott über ihm gesehnet, und —“  
„Der Schreiber im Kasino hätte aus Versehen eine Fünfzettel aus der Dreizehn gemacht?“ fiel der Kommandant ein.  
„Aus Versehen? Was sollte meinen, auch der dümmste Schreiber hätte sich beim Schreiben solcher Befehle in acht — und dann ist der Herrgott Raubstrolacher nicht eben!“  
„Nun, was wollt ihr sagen, Frecksberg?“  
„Nun, was wollt ihr sagen, Frecksberg?“  
„Ich denke nur, was würde ich sagen,“ fuhr der Leutnant seine Stimme zum Plötzlichen Nachschießen fort, „man würde sich fragen, was kann ein Junger so haben, daß — aus Nummer Dreizehn eine Fünfzettel gemacht?“  
„Nun — ein Junger — was soll es haben?“  
„Die einzige Person — aber Herr Oberwachmeister, Sie verstehen mich wohl, ich rede nur vom Raubstrolacher, die man demnach besser nicht einmal den Namen, und zumal denen auf Gehörgehe, anzuheißeln!“

„So redet doch ins Teufels Namen nur weiter, Frecksberg — ich meine, ihr könntet wissen, daß ich nicht der Mann bin, einen guten Bekannten und Kavaller ins Unglück zu stürzen.“  
„Nun wohl,“ flüsterte der Leutnant weiter, „die einzige Person könnte ein Interesse daran haben, welche auch stünde in des Herzogs Kabinett treten und in den Papieren, welche liegen, bevor sie zur Expedition in die geheime Kammer gehen aus einer Dreizehn eine Fünfzettel machen könnte!“  
Der Kommandant sah den Offizier vor ihm mit Augen die feine innere Betroffenheit spiegelten, an.  
„Diese einzige Person,“ fuhr der Leutnant fort, „ist der Revierförsters Hande früheres Schweiß.“  
„Teufel!“ murmelte der Oberwachmeister, „Ihr heurige Gedanken, Frecksberg!“  
„Dafür gebe ich sie auch nur, für Gedanken — sie wären mir vielleicht auch nicht gekommen, wenn man nicht schon kuri Dinge gemunkelt über des Försters Unglück, den Kassenbesitzer die plötzliche Revisionskommission und sein Verschwinden e Gehängingen.“  
„Aber ins Satans Namen,“ fiel der Oberwachmeister ein, „die Reifein hat ja nun alles auf Erden, was ihr Herz gehen kann, und — der Mann war ja hier ohnedem wo aufgehoben!“  
„Bohlaufgehoben — aber er lebte! Wissen Sie, wohin Stürze eines solchen Weibes sich verfliegt? Kann das nicht weit sein, daß sie, um ihr Ziel zu erreichen, zuerst Wien sein muß?“  
„Was — sie wird ihn, unsern Gnädigsten, doch nicht da bringen wollen, daß er sie heiratet!“ rief der Kommandant zornig aus.  
„Er wird sich hüten!“  
„Gottfurcht!“  
„Damit ist nicht gesagt, daß sie nicht darauf hinarbeitet.“  
„So ist das das Wetter in die ganze Wirtschaft,“ rief der Kommandant aus, „hören Sie auf, Frecksberg, mit Ihren malefizischen Gedanken — er Saten soll mich holen, wenn ich ein Wort davon hören will!“  
„Fortsetzung folgt“







